



Interviews

Informationen am Morgen, 22.08.2022

Tobias Armbrüster im Gespräch mit Reem Alabali-Radovan

Tobias Armbrüster: In dieser Woche jährt sich ein Ereignis, das Bilder produziert hat, die auch heute, 30 Jahre später, noch immer nachwirken: die tagelangen gewalttätigen Ausschreitungen an einer Unterkunft für Geflüchtete in Rostock-Lichtenhagen im August 1992. Es waren Ausschreitungen, die viele so in dieser Art, in diesem Umfang in Deutschland nicht mehr für möglich gehalten hätten, und gleichzeitig war es Teil einer ganzen Serie von Angriffen, die einen Schatten gelegt haben über das gerade eben wiedervereinigte Deutschland. Am Telefon ist jetzt Reem Alabali-Radovan. Sie ist die Staatsministerin im Bundeskanzleramt und dort zuständig als Anti-Rassismus-Beauftragte der Bundesregierung. Schönen guten Morgen!

Reem Alabali-Radovan: Guten Morgen.

Armbrüster: Frau Alabali-Radovan, wäre Rostock-Lichtenhagen auch heute wieder möglich?

Alabali-Radovan: Nein. Ich denke, Rostock-Lichtenhagen, das rassistische Pogrom in der Form, wäre heute nicht mehr möglich. Die Sicherheitsbehörden sind ganz anders aufgestellt, die Zivilgesellschaft ist jetzt viel stärker und viel lauter gegen Rassismus und auch die Politik hat sich Gott sei Dank verändert.

Armbrüster: Aber die Rechtsradikalen, diese, wenn man das so sagen kann, Protestbewegung von damals, die ist nach wie vor da.

Alabali-Radovan: Ja. Ganz klar ist, wenn wir jetzt 30 Jahre zurückblicken, haben wir weiterhin ein Problem mit Rechtsextremismus, mit Rassismus. Wir sagen in der Bundesregierung ganz klar, der Rechtsextremismus ist weiterhin die größte innere sichere Gefahr. Das zeigen uns die Statistiken. Aber wir sagen auch ganz klar, das gehen wir jetzt an, und das ist der Unterschied im Vergleich zu 1992, wo auf das rassistische Pogrom in Rostock-Lichtenhagen mit Asylrechtsverschärfungen reagiert wurde und die Schuld woanders gesucht wurde.

Armbrüster: Das waren die politischen Konsequenzen. Darüber können wir gleich noch mal sprechen. Lassen Sie uns über die Sicherheitsbehörden sprechen. Was würde heute anders laufen als vor 30 Jahren?

Alabali-Radovan: Ich denke, dass die Sicherheitsbehörden jetzt schneller so eine Gefahrensituation erkennen würden, sich auch schützend vor die Menschen stellen würden, die dort angegriffen werden. Im Vergleich zu 1992: Die Polizei war viel zu spät vor Ort, wusste nicht wirklich, wie sie reagieren soll. Ich denke, da wurden viele Lehren gezogen. Es ist aber weiterhin erschreckend, wie es damals gelaufen ist.

Armbrüster: Sie haben über die politischen Konsequenzen gesprochen, die Verschärfung des Asylrechts in den 90er-Jahren. Warum war das falsch?

Alabali-Radovan: Wenn man es heute betrachtet und noch mal sich durchliest oder in Dokumentationen schaut, wie es damals gelaufen ist, ist es für mich absolut schockierend, wie reagiert wurde. Das haben wir auch immer noch nicht richtig aufgearbeitet. Nach dem Pogrom war die Reaktion des CDU-Bundesinnenministers zu sagen, wir müssen, ich zitiere, „den Missbrauch im Asylrecht stoppen“. Die Menschen, die dort vor Ort waren, das waren vietnamesische Vertragsarbeiter*innen zum Beispiel, wurden auch abgeschoben. Es wurde überhaupt nicht über die rechtsextremen Strukturen und über den Rassismus gesprochen.

Armbrüster: Sie selbst sind SPD-Politikerin und Ihre Partei war anschließend über viele Jahre hinweg an mehreren Bundesregierungen beteiligt, ist es auch aktuell wieder. Haben Sie etwas getan, um diese Verschärfung des Asylrechts rückgängig zu machen?

Alabali-Radovan: Jetzt arbeiten wir an einem Aufbruch in der Migrations- und Integrationspolitik, weg vom Misstrauen, hin zu Menschlichkeit, und wir haben da schon erste Schritte. Wir haben jetzt das Chancen-Aufenthaltsrecht, was wir auf den Weg bringen. Wir haben viele weitere Verbesserungen, die wir jetzt im Herbst auch ankündigen werden. Da gibt es auf jeden Fall jetzt einen Aufbruch und einen Unterschied zu den 90er-Jahren.

Armbrüster: Aber die Verschärfungen im Asylrecht bleiben bestehen, auch die Abschiebungen wird es weiter geben.

Alabali-Radovan: Wir arbeiten jetzt an vielen verschiedenen Punkten im Migrationsrecht, im Asylrecht auch. Wir wollen zum Beispiel auch die Asylverfahrensprozesse verbessern, schneller machen. Natürlich gehören die Rückführungen auch dazu. Da wird es jetzt auch einige Änderungen geben, an denen wir noch arbeiten, die ich noch nicht jetzt Ihnen hier mitteilen kann. Aber klar ist, dass der Gedanke ein anderer ist. Es ist mehr Menschlichkeit anstatt Misstrauen. Wir wollen Menschen eine Perspektive geben, damit sie hier auch bleiben können und eine Zukunft haben.

Armbrüster: Die Verschärfungen im Asylrecht wurden damals, Mitte der 90er-Jahre, von vielen Menschen sehr begrüßt. Ist da Ihr Eindruck, hat sich an dieser Haltung in der deutschen Gesellschaft etwas verändert?

Alabali-Radovan: Ja. Ich denke, da hat sich viel verändert. Damals gab es ja auch vor allem eine politische Instrumentalisierung des Themas. Es wurde viel von Asylmissbrauch geredet. Das waren die Begriffe, die auch in den Medien aufgegriffen wurden. Heute wird es viel anders gesehen. Wenn wir jetzt sehen: Wir haben innerhalb kürzester Zeit über 900.000 Menschen aus der Ukraine aufgenommen und wir haben das insgesamt auch mit der Zivilgesellschaft gut hinbekommen und Gott sei Dank sind solche Begriffe nicht mehr so oft zu lesen.

Armbrüster: Aber nach der Flüchtlingsbewegung 2016 und in den Folgejahren haben wir durchaus einige andere politische und gesellschaftliche Reaktionen erlebt, dass sehr viele Menschen genau damit nicht zufrieden waren. Die Geflüchteten aus der Ukraine sind noch mal eine etwas andere Geschichte. Deshalb noch einmal die Frage: Haben Sie den Eindruck, heute im Jahr 2022, sind die Deutschen tatsächlich besser darauf eingestellt, Menschen auch in großer Zahl aus anderen Ländern, auch ferner entfernten Ländern aufzunehmen?

Alabali-Radovan: Auch 2015 und 2016 gab es eine große Willkommenskultur, zum Beispiel auch in Mecklenburg-Vorpommern, wo ich zu der Zeit auch in dem Bereich tätig war. Natürlich haben rechte Parteien dieses Thema weiterhin instrumentalisiert, aber es wurde nicht im gleichen Maße aufgegriffen wie Anfang der 90er Jahre. Wir haben eine starke Zivilgesellschaft, die sich auch ganz klar gegen Rassismus stellt, und jetzt zeigen wir, dass wir auch politisch in einer anderen Zeit sind und andere Wege gehen werden. Von daher denke ich schon, dass wir jetzt im Vergleich zu Anfang der 90er Jahre auch in der Gesellschaft eine Veränderung haben in eine gute Richtung.

Armbrüster: Lassen Sie uns mal kurz zurückgehen zu Rostock-Lichtenhagen und vielleicht mal auch zu Ihrer Person. Sie selbst sind ja gerade mal 32 Jahre alt, wenn ich das richtig gelesen habe. Erinnerungen haben Sie vermutlich keine an dieses Ereignis damals. Aber trotzdem interessant zu wissen: Welchen Stellenwert nimmt so ein Ereignis, so eine Zäsur in Ihrer Generation ein?

Alabali-Radovan: Ich bin 1996 nach Mecklenburg-Vorpommern gekommen. Da war ich sechs Jahre alt. Aber trotzdem war Rostock-Lichtenhagen für mich ein Begriff, für alle auch bis heute, nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern deutschlandweit. Das Ausmaß der rassistischen Ausschreitungen ist bis heute erschreckend und wenn wir sehen, 30 Jahre später, alles was danach noch kam, Mölln, Solingen, Hanau, Halle, München, die NSU-Morde, all das ist eine Reihe von rechtsextremen und rassistischen Anschlägen, die uns erschüttert und die wir aber auch angehen müssen. Wir können nicht zufrieden sein, wenn wir sagen, es ging danach noch so weiter.

Armbrüster: Sie selbst sind damals als Geflüchtete aus dem Irak nach Deutschland gekommen, nach Mecklenburg-Vorpommern. Welche Erfahrungen haben Sie damals oder in der Folgezeit mit Rassismus gemacht?

Alabali-Radovan: Ich denke, viele Menschen mit Migrationshintergrund haben Erfahrungen mit Rassismus gemacht. Aber für mich war eine Folge von Rostock-Lichtenhagen auch ganz persönlich spürbar, denn nach Rostock-Lichtenhagen, nach dem Pogrom wurde die zentrale Aufnahmestelle nach Nostorf-Horst in Mecklenburg-Vorpommern verlagert. Nostorf-Horst ist ein Ort mitten im Wald, mitten im Nirgendwo in der Nähe von Boizenburg, und dort wurde ich mit meiner Familie zum Beispiel auch als Kind aufgenommen und habe später auch dort gearbeitet. Diese Aufnahmestelle, die weit weg vom Schuss ist, beabsichtigt damals von der Politik auch, die gibt es bis heute noch.

Armbrüster: Was ist denn Ihr Eindruck? Ist Deutschland ein rassistisches Land?

Alabali-Radovan: Nein, das würde ich so nicht sagen. Aber wir haben viele Fälle von Alltagsrassismus. Wir haben jetzt von der Anti-Diskriminierungs-Stelle des Bundes die Zahlen für 2021 bekommen. 42 Prozent der gemeldeten Fälle waren aufgrund von Diskriminierung, aufgrund von ethnischer Herkunft. Und wir haben auch rassistische Strukturen, die wir überwinden müssen, und das gehen wir jetzt auch in der Bundesregierung an

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.